

Das Minus bleibt weiter bestehen

Gemeinderat Der Gammelshäuser Haushalt bleibt unausgeglichen. Äußere Faktoren greifen tief ein.

Gammelshausen. Der Gammelshäuser Gemeinderat verabschiedete den eingebrachten Haushaltsplan ohne große Diskussionen. Auch im Jahr 2026 wird der Gemeinde kein ausgeglichener Haushalt gelingen. Prognostiziert ist im Ergebnishaushalt ein Minus von rund 366.000 Euro.

Bürgermeister Daniel Kohl machte in seiner Haushaltsrede deutlich, dass der Haushalt zu Zeiten beraten werden müsse, die man sich vor wenigen Jahren noch kaum habe vorstellen können. Stagnierende und wegbrechende Einnahmen, Ausgaben für zunehmende Aufgaben, die von Bund und Land herunter delegiert wurden, führten zu einem freien Fall der Kommunalfinanzen, der zu schwierigen, aber notwendigen Entscheidungen zwingt.

„Gammelshausen hat in den vergangenen Jahren stets solide gewirtschaftet, doch äußere Faktoren wie steigende Energie- und Baukosten, höhere Umlagen sowie zusätzliche gesetzliche Verpflichtungen greifen tief in unseren Haushalt ein“, so Kohl. „Die gesetzliche Verpflichtung, die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, setzt uns nicht nur baulich, sondern auch finanziell unter Druck. Dieses bildungspolitische Ziel ab dem Schuljahr 2026/27 ist wieder mal ein Beispiel dafür, dass mit der Basis – den Städten und Gemeinden, die diese Gesetze umsetzen müssen – nicht oder erst viel zu spät gesprochen wird.“ Für den Schulhausanbau müsse die Gemeinde hohe sechsstelligen Beträge vorstrecken, während die Zuschüsse erst in den Folgejahren fließen.

„Wir können nicht mehr alles finanzieren, was wir gerne möchten. Vielleicht nicht einmal alles, was wir eigentlich sollten oder gar müssten“, stellt Kohl klar und klagt: „Fragen Sie mich nicht, wie oft Frau Gröbel und ich den Entwurf in den letzten Wochen, ja sogar noch vor wenigen Tagen ändern und an neue Rahmenbedingungen anpassen mussten.“ Eine der „neuen Bedingungen“ war ein vor wenigen Tagen gescheitertes Bauträgermodell im Neubaugebiet „Letten II“, für das die Gemeinde nun nicht wie geplant und im Haushalt vorgesehen zwei Bauplatzerlöse generieren kann. Eine außerplanmäßige, rund 170.000 Euro hohe Mehrausgabe ergibt sich durch eine Rückzahlung aus der Ortskernsanierung an das Land. Auch Vermögensumlagen an den Grundschul- und Kindergartenverband sind unumgänglich und schlagen vor allem dem Grundschulbau geschuldet, mit über 340.000 Euro zu Buche. Gammelshausen hofft, wie viele andere Gemeinden, dass die Verteilung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität Entlastung bringt. Baden-Württemberg erhält aus diesem Topf knapp 13,15 Milliarden und reicht davon zwei Drittel an die Kommunen weiter.